

Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467 Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 26.05.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 23.04.2015, 15:30 Uhr bis 18:12 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

GRÜNE Frau Marion Heuser **FDP** Frau Katja Hoyer Frau Cornelia Schmerbach SPD Frau Monika Schultes SPD Herr Dr. Walter Schulz SPD Frau Maria Verena Fontanazza-Russo CDU Frau Ursula Gärtner CDU Herr Christoph Klausing CDU Herr Thomas Welter CDU **GRÜNE** Herr Horst Ladenberger **GRÜNE** Frau Julia Woller Herr Jörg Detjen DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn auf Vorschlag der SPD

Herr Markus Wiener pro Köln Herr Dr. Roland Quinten AfD

Frau Carolina Brauckmann Rubicon e.V.

Frau Figen Maleki Balajou LiL

Frau Edith Marschall Seniorenvertretung der Stadt Köln

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel auf Vorschlag der SPD
Herr Günter Jachtner auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters auf Vorschlag der CDU

Frau Jutta Eggeling auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer auf Vorschlag von DIE LINKE

Frau Elke Lerchner auf Vorschlag der FDP

Frau Helga Blümel Diakonisches Werk Köln und Region

Frau Monika Dierksmeier Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Herr Stefan Kersjes Arbeiterwohlfahrt
Herr Peter Krücker Caritasverband

Herr Marc Ruda DRK Kreisverband Köln

Herr Alexander Sperling Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Lisa Hanna Gerlach PIRATEN Als Gast zur mündlichen Antragsstellung

(TOP 8.2) in der Sitzung.

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Antonella Giurano Italiani per Colonia

Herr Michael Müller auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-

politik

Beratende Mitglieder

Frau Vicky Püllen auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-

politik

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Franz Xaver Corneth auf Vorschlag der CDU
Frau Britta Hollmann auf Vorschlag der Grünen

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Marita Bosbach Deutsches Rotes Kreuz

Beratende Mitglieder

Frau Cornelia Harrer Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Frau Monika Kuntze Caritasverband für die Stadt Köln e.V. Frau Martina Schönhals Diakonisches Werk Köln und Region

Frau Stella Shcherbatova Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Ulrike Volland-Dörmann Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christof Wild Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe

Köln e.V.

Herr Clemens Wittenbrink Rheinfetisch e.V.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf folgende Tischvorlagen hin:

TOP 3.9, TOP 3.10, TOP 4.5, TOP 4.6, TOP 9.2.2, TOP 9.2.3, TOP 9.2.4, TOP 9.2.5, TOP 13.2, TOP 14.2 und TOP 17.1

Er kritisiert zum wiederholten Male, dass einige Vorlagen den Mitgliedern des Ausschusses Soziales und Senioren nicht rechtzeitig zugestellt würden.

Folgende Tagesordnungspunkte werden gemeinsam behandelt:

TOP A mit TOP 4.2

TOP 3.4 mit TOP 5.1

Der Vorsitzende Herr Paetzold lässt über die Genehmigung der so geänderten bzw. ergänzten Tagesordnung abstimmen.

Ergebnis: Einstimmig genehmigt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

"Evaluation MÜLHEIM 2020" Präsentation der Ergebnisse der Evaluation durch die durchführende Firma "empirica"

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 3 Beantwortung von Anfragen
- 3.1 Nachfrage von Herrn Scheffer zum Bericht des Jobcenters Köln zum Thema Mittendrin! in Köln

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 6.4 aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 05.03.2015 0845/2015

3.2 Nachfrage von Frau Schultes zum Theaterprojekt

Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 9.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2015 0846/2015

- 3.3 Kantinenbetrieb durch Integrationsbetriebe 0822/2015
- 3.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage des Herrn Dr. Strahl aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 05.03.2015 betreffend TOP 7.1 Broschüre "Das Kooperative Baulandmodell Köln Leitfaden für Projektentwickler und Investoren" (Mitteilung 3991/2015) 0938/2015
- 3.5 Nachfragen von Frau Hollmann, Herrn Hageborn und Herrn Kersjes zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015 Beantwortung der mündlichen Anfragen zu TOP 3.4 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2015 0960/2015
- 3.6 Nachfrage von Herrn Dr. Schulz zum Thema Nachhaltigkeit der JobCloud Cologne aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2015

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 6.1 (Bericht des Jobcenters) aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2015 0970/2015

- 3.7 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 27.11.2014 (TOP 4.2) 0531/2015
- 3.8 Pilotprojekt "Willkommen in Köln" 1104/2015
- 3.9 "Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt?" (AN/0379/2015 vom 02.03.2015) 0702/2015
- 3.10 "Wie ist es um den Datenschutz beim Köln-Pass bestellt?" (AN/0378/2015 vom 02.03.2015) 1201/2015

4 Mitteilungen

4.1 Berücksichtigung von Diversity im Haushalt der Stadt Köln - eine Investition in die Zukunft, TOP 4.5 auf der SoSe Sitzung vom 05.03.2015 0225/2015

- 4.2 MÜLHEIM 2020: Präsentation der Evaluationsergebnisse 1061/2015
- 4.3 Ratsbeschluss: Zusätzliche Jugendhilfeangebote für Kinder und Jugendliche aus Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien 1042/2015
- 4.4 ,Interkulturelles Maßnahmenprogramm Maßnahmenempfehlungen' Sachstand der Entscheidungen in den Fachaussschüssen 1069/2015
- "Starke Quartiere starke Menschen" Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung

Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 1065/2015

4.6 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2014/2015 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren 0956/2015

5 Wohnen

- 5.1 Broschüre "Das Kooperative Baulandmodell Köln Leitfaden für Projektentwickler und Investoren", TOP 5.1 auf der SoSe Sitzung vom 05.03.2015 3991/2015
- 6 JobCenter Köln
- 6.1 Bericht des Jobcenters Köln 1000/2015
- 7 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten
- 8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates
- 8.1 Gegen Gewalt an Frauen Frauenhäuser stärken AN/0235/2015
- 8.2 Flüchtlingsheime ans Netz! AN/0538/2015

9	Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates		
9.1	Anfragen zu früheren Sitzungen		
9.1.1	Wie ist es um den Datenschutz beim Köln-Pass bestellt? TOP 9.2.2 der SoS Sitzung vom 05.03.2015 AN/0378/2015		
9.1.2	Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt? TOP 9.2.3 der So- Se Sitzung vom 05.03.2015 AN/0379/2015		
9.2	Aktuelle Anfragen		
9.2.1	Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie in Köln: Bestandsaufnahme und Heim- TÜV notwendig? AN/0653/2015		
9.2.2	Reichweite des Köln-Passes als Instrument der Armutsbekämpfung AN/0655/2015		
9.2.3	Nicht zweckmäßiges Wartesystem für Asylbewerber im Sozialamt Kalk AN/0656/2015		
9.2.4	Drohender Wohnungsverlust und Wohnungsräumungen AN/0679/2015		
9.2.5	Bearbeitung und Freigabe von Anträgen auf Elterngeldbezüge AN/0651/2015		
10	Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen		
11	Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse		
12	Ausschussempfehlungen an den Rat		
12.1	Mitgliedschaft der Stadt Köln im Rainbow-Cities-Netzwerk 0611/2015		
12.2	Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 1044/2015		
12.3	Projekt "Auszugsmanagement" 0925/2015		

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

13.1 Barrierefreies Wohnen

hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Kölner Wohnungswirtschaft 0774/2015

13.2 Erstellung und Herausgabe einer Infobroschüre zum Thema "Transgender in Köln"
1068/2015

14 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

- 14.1 Änderungen Asylbewerberleistungsgesetz ab 01.03.2015 0919/2015
- 14.2 Vermittlung von Flüchtlingen in Mietwohnungen durch das Kölner Auszugsmanagement1212/2015

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> erinnert daran, dass in der Sitzung vom 15.01.2015 die Aufzeichnungsanlage ausgefallen sei. Daher war die Erstellung der Niederschrift eine enorme Herausforderung. Er dankt <u>Herrn Dr. Becker</u> und allen Mitgliedern des Ausschusses, die bei der Erstellung der Niederschrift geholfen haben. Es gebe jedoch noch Nachfragen zu der Niederschrift.

Herr Dr. Schulz merkt zu der Niederschrift vom 15.01.2015 bei TOP 5.3 an, dass er den Vorschlag von Herrn Detjen, einen Unterausschuss Wohnen einzurichten, nicht unterstützt habe. Er meinte, dass die Wohnungsproblematik in dem Ausschuss Soziales und Senioren diskutiert werden solle. Zu TOP 7.1 merkt er an, dass er bei dem Thema "Förderung der Gemeinwesenarbeit in Sozial belasteten Gebieten" für die Verwaltungsvorlage (3815/2014) den Begriff Zumutung gefunden habe.

<u>Frau Schmerbach</u> merkt zu TOP 3.5 an, dass die Wanderarbeiter ihre Notdurft in den umliegenden Parks von Ehrenfeld verrichten und sie nicht duschen können, da die Einrichtung der Winterhilfe in Ehrenfeld keine zusätzlichen Kapazitäten habe. Hier sei es dringend erforderlich, dass die Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen seien, von der Winterhilfe, Unterstützung in Anspruch nehmen können.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> fragt, ob es weitere Anmerkungen zu den vorliegenden Niederschriften der letzten beiden Sozialausschusssitzungen gebe. Er stellt fest, dass dies nicht der Fall sei. Damit seien die Niederschriften abschließend behandelt worden und genehmigt.

I. Öffentlicher Teil

"Evaluation MÜLHEIM 2020" Präsentation der Ergebnisse der Evaluation durch die durchführende Firma "empirica"

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 4.2 behandelt.

Der Vortrag liegt der Niederschrift bei.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> dankt für den interessanten Vortrag von <u>Herrn Abraham</u>.

<u>Frau Heuser</u> fragt die Verwaltung, welche Empfehlungen im neuen ESF Programm umgesetzt werden sollen. Wie beurteilt werde, in welchem Bereich der Verwaltung die meisten Arbeiten in diesem Projekt anfallen, da nicht mehr die städtebaulichen Themen, sondern die soziale Entwicklung im Focus sei. Da der Druck auf dem Kölner Wohnungsmarkt steige, fragt sie, ob in Köln-Mülheim eine Milieuschutzsatzung zum Schutz der Mieter erarbeitet werden müsse und ob das Stadtteilmütterprojekt über das Jahr 2016 hinaus finanziert werde?

Frau Kröger antwortet, dass die Verwaltung die Empfehlungen, die Empirica im Evaluationsbericht "MÜLHEIM 2020" gegeben habe, für die neue EFRE-/ESF-Förderphase sehr ernsthaft prüfe. Sie erläutert, dass für alle städtischen Dienststellen die Umsetzung des Programms eine enorme Herausforderung gewesen sei.. Sie lobt die engagierte Unterstützung des Programms durch die Verwaltung und die Träger von Maßnahmen. Dieses Engagement sei auch für die neue Förderphase wichtig und sie sei sicher, darauf aufbauen zu können. Der gesamte Wohnungsmarkt in Köln sei sehr angespannt. Programme wie MÜLHEIM 2020 führen natürlich zu einer - gewollten - Aufwertung eines Quartiers. Wichtig sei zu erkennen, an welchem Punkt eine stattfindende Aufwertung in einem Quartier zu einer Verdrängung seiner Bevölkerung führt. Der Ratsauftrag für die Aufstellung von Milieuschutzsatzungen nach BauGB in ausgewählten Stadtquartieren liege ja bereits vor und werde derzeit von der Verwaltung bearbeitet. Die Aufstellung einer Satzung müsse für Dritte nachvollziehbar sein, da die Satzung ein Eingriff in das grundgesetzlich geschützte Eigentum bedeute. Ob das Projekt Stadtteilmütter über das Jahr 2016 hinaus betrieben werden könne, kann Frau Kröger nicht prognostizieren

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 3 Beantwortung von Anfragen
- 3.1 Nachfrage von Herrn Scheffer zum Bericht des Jobcenters Köln zum Thema Mittendrin! in Köln

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 6.4 aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 05.03.2015 0845/2015

<u>Herr Scheffer</u> bedankt sich für die Beantwortung. Er bittet darum, auch weiterhin zu dem Thema "Mittendrin" konstruktiv weiter zu arbeiten.

<u>Frau Schmerbach</u> fragt, ob die Menschen nach den Qualifizierungsmaßnahmen sofort in eine Beschäftigung übernommen würden.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> fragt, durch welchen Umstand das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt, Projekträger einer Eingliederungsmaßnahme sein könne.

<u>Herr Wagner</u> antwortet, dass es vorgesehen und wünschenswert sei, dass Menschen mit einer Schwerbehinderung im Anschluss an eine Qualifizierungsmaßnahme sofort in eine Beschäftigung übernommen würden. Die weitere Begleitung bei einem Arbeitgeber sei auch noch für eine gewisse Zeit durch das Jobcenter gegeben. Dadurch würde eine gewisse Nachhaltigkeit gesichert.

Der Bund beauftragt verschiedene Bundesbehörden, je nach freien Kapazitäten, für die fachliche und administrative Programmbegleitung der Projektträger vor Ort.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.2 Nachfrage von Frau Schultes zum Theaterprojekt

Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 9.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2015 0846/2015

Frau Schultes dankt für die Beantwortung.

<u>Frau Hoyer</u> fragt, wie die Teilnehmer des Projektes im Anschluss an das Projekt über ihre individuelle Einschätzung der Maßnahme befragt werden.

<u>Herr Wagner</u> antwortet, dass mit den Menschen, die ohne Anschlussbeschäftigung aus dieser Maßnahme herausgehen, (bereits 3 Personen sind in einer Beschäftigung) Einzelgespräche mit der Integrationsfachkraft geführt werden. Denn es müsse geprüft werden, ob diese Maßnahme weiter gefördert werden könne.

<u>Frau Reisinger</u> fragt, wie Integration in diesem Fall definieren würde, da an anderen Standorten für ähnliche Projekte 35% der Teilnehmenden integrieren konnten.

<u>Herr Wagner</u> antwortet, dass diese Maßnahme sowohl in Hannover als auch in Garbsen durchgeführt wurde. Er könne leider nicht sagen, wohin die Menschen integriert wurden. Als Integration würde gezählt, wenn ein SGB II Kunde in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Teilzeit oder Vollzeit) oder in eine angemeldete Selbstständigkeit oder in eine abschlussorientierte berufliche Bildungsmaßnahme münde.

<u>Frau Heuser</u> fragt, ob die vorhergenannte Information zum Integrationsbegriff in Form eines Merkblattes im Sozialausschuss verteilt werden könne.

<u>Herr Wagner</u> antwortet, dass sich die vorherige Aussage von ihm auf die bundesweit festgeschriebene Definition für Integration beziehe und er gerne zur nächsten Sitzung diese Definition schriftlich vorlegen werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.3 Kantinenbetrieb durch Integrationsbetriebe 0822/2015

<u>Frau Schmerbach</u> fragt, ob sich das Vergaberecht geändert habe, damit eine Teilnahme der Integrationsbetriebe aussichtsreich gestaltet werden könne. Sie vermute, dass bei einem Ausschreibungsverfahren die Integrationsbetriebe "nicht zum Zuge" kommen würden.

<u>Frau Reker</u> antwortet, dass ihr keine Kenntnis über eine Veränderung des Vergaberechtes vorlägen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.4 Beantwortung der mündlichen Anfrage des Herrn Dr. Strahl aus der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 05.03.2015 betreffend TOP 7.1 Broschüre "Das Kooperative Baulandmodell Köln – Leitfaden für Projektentwickler und Investoren" (Mitteilung 3991/2015) 0938/2015

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.1 behandelt.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> fragt, warum keine der 3 abgeschlossenen Planverfahren (9 Planverfahren seien noch nicht abgeschlossen) in den Anwendungsbereich des "Kooperativen Baulandmodells" fallen würde.

<u>Frau Reker</u> antwortet, dass diese und alle weiteren Anfragen schriftlich beantwortet werden.

<u>Frau Gärtner</u> fragt, ob die Broschüre so praxistauglich sei, dass sie eine zusätzliche Hilfe sei.

<u>Frau Hoyer</u> fragt, wenn das "Kooperative Baulandmodell" so wenig genutzt werde, ob mögliche Investoren dadurch verunsichert würden.

<u>Frau Heuser</u> antwortet zu <u>Frau Hoyer</u>, dass das "Kooperative Baulandmodell" zeitlich noch nicht so lange in der Anwendung sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.5 Nachfragen von Frau Hollmann, Herrn Hageborn und Herrn Kersjes zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015
Beantwortung der mündlichen Anfragen zu TOP 3.4 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2015
0960/2015

<u>Frau Heuser</u> bedankt sich für die Beantwortung. Sie fragt, wie die Steigerung der Ausgaben des Verwaltungskostenbudgets der Jahre 2013 zu 2014 von über 7 Mio. Euro zustande komme und wie sich die Zuteilung des Bundes berechnen würde und wann die Umschichtung aus dem Eingliederungstitel in das Verwaltungskostenbudget ein Ende finden würde.

Herr Wagner antwortet, dass die Umschichtungen u.a. durch Tarifsteigerungen und Mietsteigerungen begründet liegen würden. Alleine durch die Erhöhung dieser beiden Posten sei das Verwaltungskostenbudget um über 4 Mio. Euro angestiegen. Da auch in Zukunft der Betreuungsschlüssel eingehalten werden solle, würden keine Entlassungen oder Kündigungen von Zeitverträgen realisiert, sondern die Kostensteigerungen durch Umschichtung finanziert. Der Bund habe diese Kostensteigerungen nicht ansatzweise über eine erhöhte Zuteilung ausgeglichen. Er könne keine Aussage über ein zeitliches Ende der Umschichtung machen. Notwendig sei, dass der Bund für die großen Städte das Verwaltungsbudget der Jobcenter erhöht.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis

3.6 Nachfrage von Herrn Dr. Schulz zum Thema Nachhaltigkeit der JobCloud Cologne aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2015

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 6.1 (Bericht des Jobcenters) aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.2015 0970/2015

<u>Herr Dr. Schulz</u> merkt an, dass die Antwort nicht auf die Nachhaltigkeit eingehe. Er fragt, ob längerfristige Arbeitsverträge zustande gekommen seien und ob auf die Einhaltung des Mindestlohns geachtet werde.

<u>Herr Wagner</u> antwortet, dass sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme 80% der hier vermittelten Menschen noch in einem Arbeitsverhältnis standen. Eine noch längerfristige Betrachtung könne er leider nicht durchführen. Eine Differenzierung, wie viele Menschen einen befristeten oder in einen unbefristeten Arbeitsvertrag vermittelt wurden, könne nach dieser Zeit nicht mehr ermittelt werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, was denn genau die Job Cloud sei.

<u>Herr Wagner</u> antwortet, dass sich Arbeitgeber und Jobsuchende (SGB II Leistungsbezieher) an einem Tag im Rhein Energie Stadion treffen würden. Sechs Wochen vor und nach dem Gespräch seien die Daten der Bewerber/innen und der Anbieter i einem virtuellen Datenspeicher einsehbar.

<u>Frau Eggeling</u> fragt, ob dies eine Erweiterung des Jobspeeddating sei.

Herr Wagner bestätigt dies.

<u>Herr Scheffer</u> ergänzt, dass in diesem Zusammenhang auch ein Coaching durchgeführt werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.7 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 27.11.2014 (TOP 4.2)
0531/2015

Frau Lerchner dankt für die Beantwortung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.8 Pilotprojekt "Willkommen in Köln" 1104/2015

Herr Detjen fragt und erinnert, wie es um den Versicherungsschutz der Personen bestellt sei, die für die Willkommensinitiative tätig seien. Alle ehrenamtlichen Helfer, welche nicht gesetzlich unfallversichert seien oder über eine Trägerorganisation abgesichert seien, erhalten eine kostenlose Haftpflichtversicherung- und Unfallversicherungsschutz von der Landesversicherung Nordrhein Westfalen. Man müsse sich jedoch anmelden. Er bittet die Wohlfahrtsverbände diese Tatsache bekannt zu machen.

<u>Frau Hoyer</u> stellt fest, dass ausschließlich in Sprachkurse und nicht in Arbeit vermittelt wurde. Die Aussage von Herrn Detjen beziehe sich auf die ehrenamtliche Tätigkeit. Daher handele es sich um zwei unterschiedliche Dinge. Sie bittet darum die Beantwortung in der nächsten Sozialausschusssitzung noch einmal aufzurufen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Aussprache zu der Beantwortung in die nächste Sitzung.

3.9 "Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt?" (AN/0379/2015 vom 02.03.2015) 0702/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Aussprache zu der Beantwortung in die nächste Sitzung.

3.10 "Wie ist es um den Datenschutz beim Köln-Pass bestellt?" (AN/0378/2015 vom 02.03.2015) 1201/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Aussprache zu der Beantwortung in die nächste Sitzung.

4 Mitteilungen

4.1 Berücksichtigung von Diversity im Haushalt der Stadt Köln - eine Investition in die Zukunft, TOP 4.5 auf der SoSe Sitzung vom 05.03.2015 0225/2015

<u>Frau Brauckmann</u> stellt fest, dass sich die Mitteilung auf den Stellenwert beziehe, die Diversity in der Stadt Köln habe. Der Stadt AG LST lege das Thema Vielfalt sehr am Herzen. Sie habe das Gefühl, dass sich das Thema Diversity nicht wirklich im Haushalt wiederfinden würde. Sie schlägt vor, kommunale Kriterien zu definieren, was genau kommunale Diversity Politik ausmache. Ihre Idee sei es, Grundlagen zu dem Thema Diversity für künftige Haushalte zu entwickeln. Die grundsätzliche Frage sei, was der Stadt Köln das Thema Diversity wert sei und wie viel in dieses Thema investiert werde. Die jetzige Vertröstungstaktik kann kein Mittel sein die LST Gruppen in die Bürgergesellschaft mit einzubeziehen. Sie fragt,

- wie werde sichergestellt, dass das Thema Diversity in den Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werde,
- wie werde sichergestellt, dass alle Beteiligten an dem Prozess partizipieren und die gemachten Erfahrungen auch genutzt werden,
- welches sind die Kriterien für eine kommunale Diversity Politik und wie werden die Ressurcen definiert.
- mit welchen finanziellen Ressourcen realisieren andere Kommunen das Thema Diversity,
- für den laufenden Haushalt seien 122.000,- Euro angemeldet, was soll mit diesem Geld passieren und warum sei es so ein geringer finanzieller Betrag,
- wie viele finanzielle Mittel werden in anderen Bereichen (z.B. Stadtentwicklung) für Diversity eingesetzt.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.2 MÜLHEIM 2020: Präsentation der Evaluationsergebnisse 1061/2015

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP A behandelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Ratsbeschluss: Zusätzliche Jugendhilfeangebote für Kinder und Jugendliche aus Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien 1042/2015

<u>Frau Heuser</u> stellt fest, dass sehr zügig fast 1,4 Mio. Euro in den Haushalt zugesetzt wurden. Sie würde es begrüßen, wenn man sich auch für das Gesamtprogram zu solch einem Schritt durchringen könnte.

<u>Frau Reisinger</u> fragt, welche Maßnahmen mit den fast 1,4 Mio. Euro gefördert und wer Träger dieser Maßnahmen sei.

<u>Frau Gärtner</u> fragt, ob für die Einrichtung in Blumenberg in der Langenbergstr. auch Kinder in die Verteilung der finanziellen Mittel mit einbezogen wurden und ob dies geprüft werden könne.

<u>Frau Reker</u> antwortet, sie gehe davon aus, dass die Kinder der Einrichtung in Blumenberg berücksichtigt werden.

Herr Klausing ergänzt, dass nicht nur die offene Kinder- und Jugendarbeit finanziert werde, sondern auch die Jugendverbände mit in die Arbeit integriert seien.

<u>Herr Peters</u> macht darauf aufmerksam, dass im Protokoll des Jugendhilfeausschuss vermerkt sei, das die Vorlage nicht auf dem zeitgerechten Sachstand war.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 ,Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen' - Sachstand der Entscheidungen in den Fachaussschüssen 1069/2015

<u>Herr Detjen</u> und <u>Frau Gärtner</u> bitten die Verwaltung zu erläutern, wie der weitere Weg des interkulturellen Maßnahmenprogrammes sei. Sie appellieren, dass die psychosoziale Versorgung der Flüchtlingskinder von der Verwaltung schnell angegangen werde.

<u>Frau Dierksmeier</u> fragt, welche Bedeutung die Maßnahmenempfehlungen hinsichtlich des Integrationskonzeptes hätten.

<u>Frau Reker</u> antwortet, dass das Maßnahmenprogramm die praktische Umsetzung des Integrationskonzeptes darstelle.

Über die gesetzten Prioritäten werden Vorlagen in der Verwaltung erstellt und werden in Teilen der Politik, rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen vorliegen.

Vom Integrationsrat, Sozialausschuss und vom Schulausschuss sei eine Empfehlung ausgesprochen worden, ein Integrationsbudget einzurichten. Sie bittet die Politik darum, Vorlagen der Verwaltung, die zeitlich nicht mehr im Sozialausschuss beraten und beschlossen werden könnten in den Finanzausschuss und in den Rat geben zu dürfen, damit diese Vorlagen in den Haushaltsberatungen behandelt werden können. Dann könne man das Volumen des Integrationsbudgets bestimmen und abdecken. Es sei auch eine neue Situation, dass in der Verwaltung ein Budget eingerichtet werde und viele unterschiedliche Verwaltungsbereiche die Möglichkeit hätten, auf dieses Budget zurückzugreifen.

<u>Frau Heuser</u> sieht ein Problem darin, dass so viele unterschiedliche Bereiche in der Verwaltung betroffen seien und es sei noch gar nicht geklärt, wo das Budget angesiedelt werden solle.

<u>Frau Reker</u> antwortet, dass die verwaltungsinterne Abstimmung darüber, wo das Budget angesiedelt werden solle "in vollem Gange" sei.

Auf die Frage von <u>Frau Dierksmeier</u> antwortet sie, dass momentan eine Bestandsaufnahme durchgeführt werde.

Auf die Frage von <u>Herrn Detjen</u> antwortet sie, dass sie prüfe, wo sich die psychosoziale Versorgung der Flüchtlingskinder wiederfinde.

<u>Herr Detjen</u> schlägt vor, dass dieses Thema in der nächsten Sozialausschusssitzung noch einmal mit einer neuen Vorlage behandelt werde.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> unterstützt den Vorschlag von <u>Herrn Detjen</u>.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

"Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung

Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 1065/2015

<u>Herr Detjen</u> bittet <u>Frau Kröger</u> um eine umfassende Darstellung zur nächsten Sitzung. Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

4.6 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2014/2015 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren 0956/2015

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

- 5 Wohnen
- 5.1 Broschüre "Das Kooperative Baulandmodell Köln Leitfaden für Projektentwickler und Investoren", TOP 5.1 auf der SoSe Sitzung vom 05.03.2015 3991/2015

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 3.4 behandelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

- 6 JobCenter Köln
- 6.1 Bericht des Jobcenters Köln 1000/2015

<u>Dr. Schulz</u> weist lobend auf die niedrige Sanktionsquote des Jobcenters Köln hin. Motivation vor Sanktion sei auf jeden Fall richtig. Ebenfalls begrüßt er die Inklusionsvereinbarung. Er bittet darum, dass die Inklusionsvereinbarung dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis gegeben werde.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> fragt, wie es sein könne, dass im Jahr 2014 mehr Anliegen vom Jobcenter bearbeitet wurden, als Anfragen vorlagen.

<u>Herr Wagner</u> antwortet, dass einige Anfragen aus dem Jahr 2013 in das Jahr 2014 übernommen wurden und einzelne Kunden mehrere Anliegen und Anfragen geäußert haben.

<u>Herr Scheffer</u> fragt zu dem Ausblick 2015, ob das ESF Programm bereits in den angegebenen 50 Mio. Euro veranschlagt und implementiert sei. Wie entwickelt sich die Beschäftigungsquote in der Personalentwicklung des Jobcenters?

<u>Frau Reisinger</u> fragt zu der gestiegenen Integrationsquote, ob es eine Statistik gebe, welche und wie viele Menschen nach sechs Monaten wieder beim Jobcenter vorstellig werden. Sie bittet darum diese Statistik dem Ausschuss Soziales und Senioren vorzulegen.

Herr Wagner sagt die Beantwortung der Anfrage von Frau Reisinger zu.

<u>Frau Heuser</u> fragt, ob bei den Integrationserfolgen eine Unterscheidung zwischen Jobcenter und Trägern durchgeführt würden. Wie viele Mitarbeiter/innen im Jobcenter mit einem befristeten Arbeitsvertrag wurden entfristet? Wie könne das Jobcenter bei der eigens geschilderten angespannten Personalsituation die Maßgabe "make more buy less" umsetzen?

<u>Frau Hoyer</u> merkt an, dass es Sanktionen im Jobcenter geben müsse. Sie fragt weiter, wie sich sich der EDV Ausfall vor einigen Tagen auf die Arbeit im Jobcenter auswirkt?

Herr Wagner antwortet, dass die Inklusionsvereinbarung in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses vorgelegt wird. Im Eingliederungstitel von geschätzt rund 50 Mio. Euro für 2015 sei das ESF Programm noch nicht enthalten, da der offizielle Zuschlag seitens des BMAS noch nicht erfolgt sei. Er gehe aber davon aus, dass dieser Zuschlag für Köln erfolgen werde. Die Befristungsquote der Mitarbeiter/innen liege aktuell bei 15,6%. Das Ziel sei die befristeten Arbeitsverträge auf unter 10% zu reduzieren. Dies sei jedoch schwierig, da Neueinstellungen ausschließlich befristet vorgenommen würden. 45 Arbeitsverträge der Stadt Köln und 76 Arbeitsverträge der Bundesagentur für Arbeit seien im vergangenen Jahr entfristet worden. Er dankt beiden Trägern für diese Unterstützung. Die Nachhaltigkeit der Vermittlung in Arbeit werde in einer der nächsten Ausschusssitzungen dargestellt. Es findet keine Aufstellung/Unterscheidung zwischen Integration des Jobcenters und Trägerintegration statt. Dies wäre ein gemeinsamer Erfolg. Die Personalsituation sei angespannt, weil im Kapazitätsplan eine aktuelle Stellenbesetzungsquote von 94% besteht. Ziel sei eine Besetzungsquote von 100%.. Die Jobcenter-eigenen Maßnahmen unter der Überschrift "Make more buy less" können durchgeführt werden, weil dafür Ressourcen durch neue Beratungsansätze freigemacht würden. Durch den EDV Ausfall im Jobcenter, der im Übrigen alle Jobcenter bundesweit betraf, entstanden den Kunden keine Nachteile.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

<u>Herr Dr. Bell</u> macht auf den Kölner Innovationspreis Behindertenpolitik aufmerksam. Dieser Preis werde alle zwei Jahre ausgeschrieben. Am 30.11.2015 werde der Preis im VHS Forum verliehen. Die Bewerbung habe bereits begonnen und er hoffe auf viele Bewerbungen.

8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Gegen Gewalt an Frauen - Frauenhäuser stärken AN/0235/2015

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben. <u>Frau Hoyer</u> fragt,

- wie vielen Frauen mit Jungen über 12 Jahren die Aufnahme in ein Kölner Frauenhaus in den Jahren 2013/2014 verwehrt wurde,
- wie viele Frauen mussten auf Grund fehlender Barrierefreiheit in 2013/2014 abgelehnt werden,
- wie viele Kölnerinnen und wie viele Frauen aus der Region fanden Schutz in den zwei Kölner Frauenhäusern in den Jahren 2013/2014,
- kann die Verwaltung den Jahresbericht 2014 mit dem erweiterten Berichtswesen bis zum Fachgespräch vorlegen.

Frau Gärtner fragt,

- nach der durchschnittlichen Verweildauer der Frauen in den Einrichtungen aber auch nach der kürzesten und längsten Verweildauer,
- wie viele Frauen kommen alleine in die Einrichtungen und wie viele Frauen kommen mit Kindern,
- welche und wie viele ähnliche Angebote, welche Frauen Schutz gewähren, gebe es in Köln. Sie bittet die Verwaltung um ein Gesamtbild.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> bittet die Verwaltung um eine Einschätzung zur Einrichtung eines dritten Frauenhauses.

<u>Frau Schultes</u> bittet um genaue Information über den Investor eines dritten, barrierefreien Frauenhauses.

<u>Frau Woller</u> bittet die Verwaltung um eine Übersicht, in der ein Vergleich mit anderen Städten dargestellt werde, wie hoch die Ausgleichszahlungen seien.

Frau Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

<u>Frau Hoyer</u> teilt mit, dass es ein "Aktionsbündnis drittes Frauenhaus" gebe, das sich um ein entsprechendes Fachgespräch bemühe. Dieses Fachgespräch solle am 26. Mai 2015 stattfinden.

8.2 Flüchtlingsheime ans Netz! AN/0538/2015

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

<u>Frau Gerlach</u> begründet mündlich den vorliegenden Antrag.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> hält den vorliegenden Antrag für eine interessante Idee. Die SPD Fraktion könne diesem Antrag zum jetzigen Zeitpunkt wegen diverser offener Fragen noch nicht zustimmen;

- er bittet die Verwaltung um eine generelle Klärung des Freifunks, insbesondere der juristischen Fragen,
- er bittet die Verwaltung um eine Prüfung, inwieweit die Hot Spots Netcologne auch in Flüchtlingsheimen installiert werden können

<u>Frau Gerlach</u> erläutert, dass der Freifunk manchmal kritisch gesehen werde. Allerdings fördere die Landesmedienanstalt Brandenburg den Freifunk mit 30.000,- Euro laut Beschluss von 2012. Die Wartung für die Hot Spots wäre intensiv und teurer. Internet für Flüchtlingsheime sei sehr wichtig, es sei für die Menschen oft die einzige

Möglichkeit, mit den Verwandten in der Heimat zu kommunizieren. Auch könnten Sprachkurse übers Internet belegt werden.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> macht deutlich, dass der Ausschuss nur dann eine Entscheidung fällen könne, welche die Stadt Köln finanziell verpflichte, wenn die Verwaltung alle offenen Fragen, insbesondere die der Haftung geprüft habe.

Frau Heuser schlägt einen Prüfauftrag vor.

<u>Herr Klausing</u> schlägt auch eine konstruktive Prüfung und Beratung des Antrages in der nächsten Sitzung vo. <u>Herr Detjen</u> erinnert daran, dass in Köln Chorweiler ein ähnliches Projekt aus sozialen Gründen umgesetzt wurde.

Frau Eggeling empfindet den Antrag ebenfalls für gut.

Frau Hoyer schlägt auch eine rechtliche und eine technische Prüfung vor.

Herr Jachtner bittet ebenfalls um eine detaillierte Aufschlüsselung der Verwaltung.

<u>Herr Krücker</u> macht darauf aufmerksam, dass im Bereich der Behindertenhilfe und der stationären Pflege Internetanschluss vorgesehen sei.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> fasst zusammen, dass die Verwaltung nachfolgende Fragen prüfen möge.

- 1. Der Ausschuss Soziales und Senioren bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme unter welchen Bedingungen der Freifunk rechtlich einwandfrei in den Flüchtlingsheimen eingesetzt werden könne?
- 2. Unter welchen Bedingungen könnten die Hot Spots von Netcologne in den Flüchtlingsheimen eingesetzt werden?
- 3. Welche grundsätzlichen technischen Details sind bei der Einrichtung von Flüchtlingsheimen an das Netz zu beachten?

Er stellt fest, dass das Ziel von allen Fraktionen geteilt werde.

Frau Gerlach unterstützt den Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Paetzold

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung:

- 4. Der Ausschuss Soziales und Senioren bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme unter welchen Bedingungen der Freifunk rechtlich einwandfrei in den Flüchtlingsheimen eingesetzt werden könne?
- 5. Unter welchen Bedingungen könnten die Hot Spots von Net Cologne in den Flüchtlingsheimen eingesetzt werden?
- 6. Welche grundsätzlichen technischen Detaillies sind bei der Einrichtung von Flüchtlingsheimen an das Netz zu beachten?

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

- 9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates
- 9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
- 9.1.1 Wie ist es um den Datenschutz beim Köln-Pass bestellt? TOP 9.2.2 der SoSe Sitzung vom 05.03.2015
 AN/0378/2015
- 9.1.2 Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt? TOP 9.2.3 der SoSe Sitzung vom 05.03.2015 AN/0379/2015

9.2 Aktuelle Anfragen

<u>Herr Detjen</u> teilt mit, dass der Oberbürgermeister festgelegt habe, dass das mobile Beratungssystem der Verbraucherzentrale ausgeweitet werde. Er fragt, wie schnell die Verwaltung den Auftrag des Oberbürgermeisters umsetzen könne.

Er bittet darum, dass die Verwaltung die Feinjustierung des Haushaltes auf Grundlage des Veränderungsnachweises 1 den sozialpolitischen Sprechern darstellen möge. Er schlägt dazu ein Informationsgespräch vor.

<u>Frau Reker</u> antwortet, dass über das mobile Beratungssystem der Verbraucherzentrale eine Vorlage erstellt werde. In dieser Vorlage werde das Konzept der Verbraucherzentrale dargestellt.

Wenn Informationsbedarf zum Haushalt im Sozialbereich bestehe, komme sie diesem selbstverständlich nach.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> bittet in den nächsten Tagen um einen konkreten Terminvorschlag.

Frau Hoyer fragt, ob Frau Reker bereits Kürzungen im Sozialbereich eingeplant habe.

<u>Frau Reker</u> antwortet, dass im Dezernat V eine Einsparsumme von 26,9 Mio. Euro erreicht werden müsse. Davon seien bereits 7,6 Mio. Euro erbracht worden. Ein höherer Sparbetrag sei schwer zu erbringen. Die weiteren 19,3 Mio. Euro Einsparungen seien noch in der Planung. Hierzu sei ein Gespräch mit der Politik notwendig.

Frau Schmerbach fragt, wie der Umsetzungsstand des barrierefreien Rathauses sei.

Herr Dr. Bell antwortet, dass der Auftrag des Sozialausschusses bereits umgesetzt werde. Zunächst sei der Sachstand erhoben worden, welche Maßnahmen erforderlich seien um die Teilnahme an den Ratssitzungen für alle barrierefrei zu gewährleisten. Hierzu sei ein Maßnahmenkatalog, mit einem Volumen von 140.000,- Euro, erstellt worden. Es werde, unter anderem eine Rampe zum Haupteingang hin geplant. Dies könne jedoch noch nicht umgesetzt werden, da in der Archäologischen Zone noch Grabungsarbeiten durchgeführt würden. Seit dem 01.01.2015 gebe es ein neues Berechnungsverfahren über die Miete, die an die Gebäudewirtschaft zu zahlen sei. Die Verwaltung stimmt derzeit intern die Kostenübernahme nach diesem neuen Berechnungsverfahren ab.

<u>Herr Klausing</u> erinnert an seine mündliche Anfrage, ob Fahrräder aus dem Fundbüro an Flüchtlinge abgegeben werden können.

9.2.1 Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie in Köln: Bestandsaufnahme und Heim-TÜV notwendig? AN/0653/2015

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

9.2.2 Reichweite des Köln-Passes als Instrument der Armutsbekämpfung AN/0655/2015

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

9.2.3 Nicht zweckmäßiges Wartesystem für Asylbewerber im Sozialamt Kalk AN/0656/2015

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

9.2.4 Drohender Wohnungsverlust und Wohnungsräumungen AN/0679/2015

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

9.2.5 Bearbeitung und Freigabe von Anträgen auf Elterngeldbezüge AN/0651/2015

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse
- 12 Ausschussempfehlungen an den Rat

12.1 Mitgliedschaft der Stadt Köln im Rainbow-Cities-Netzwerk 0611/2015

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> fragt, mit welchen Kosten die Stadt Köln rechnen müsse, wenn die Niederlande nach 2016 die Kosten nicht mehr übernehmen.

<u>Frau Rehberg</u> antwortet, dass eine genaue Kosteneinschätzung nicht möglich sei. Sie hält es für möglich, dass die Niederlande nach 2016 ihre Amtszeit verlängern werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat: Der Rat möge beschließen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Köln zum Rainbow-Cities-Netzwerk und bittet den Oberbürgermeister, das von den teilnehmenden Städten erarbeitete "Memorandum of Understanding" zu unterzeichnen.

Mit dem Eintritt verpflichtet sich die Stadt Köln, eine aktive LSBTI-Politik zu betreiben und zu fördern, bzw. LSBTI-Themen in ihre allgemeine strategische Ausrichtung einzugliedern. Mit dem Beitritt in das Rainbow-Cities-Netzwerk ist die jährliche Teilnahme der Fachverwaltung an der Konferenz des Netzwerks verbunden. Diese wird sich aktiv am Austausch innerhalb des Netzwerks beteiligen, indem sie jährlich eine Übersicht über ihre Maßnahmen im Rahmen der LSBTI-Politik erstellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

12.2 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 1044/2015

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat: Der Rat möge beschließen:

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des Beschlusses der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) wählt der Rat auf Empfehlung der StadtAG LST folgende sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter in die benannten Ausschüsse:

Ausschuss	Sachkundige/r Einwohner/in	Vertreter/in
Ausschuss für Soziales und Senioren		Thilo Fußen
		Aidshilfe Köln
Gesundheitsausschuss	Thilo Fußen	Sophie Sänger
	Aidshilfe e.V.	TX Köln
Ausschuss Kunst und Kultur		Guido Richter
		KLuST e.V.
Wirtschaftsschuss	Jörg Kalitowitsch	Claudia Mewaldt
	KLuST e.V.	KLuST e.V.
Ausschuss Allgemeine Verwaltung		Björn Blank

und Rechtsfragen / Vergabe / Interna-	SC Janus e.V.
tionales	

Gleichzeitig hebt der Rat die Entsendung der auf Empfehlung der StadtAG LST mit Ratsbeschluss vom 13.11.2014 (Vorlage 2882/2014) gewählten sachkundigen Einwohnerin Claudia Mewaldt (KLuST e.V.) im Wirtschaftsausschuss und der stellvertretenden sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner Clemens Wittenbrink (Ausschuss für Soziales und Senioren), Michaela Diers (Gesundheitsausschuss), Ina Wolf (Ausschuss Kunst und Kultur), Pascal Siemens (Wirtschaftsausschuss) und Peter Enke (Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales) auf.

Die Mitgliedschaft der neu gewählten sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner im jeweiligen Fachausschuss endet mit der Wahl eines neuen Ausschussmitglieds auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender bzw. mit Ende der Wahlperiode des Rates.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

12.3 Projekt "Auszugsmanagement" 0925/2015

<u>Herr Detjen</u> findet die Vorlage sehr gut. Er spricht sich dafür aus, das Projekt "Auszugsmanagement" zu evaluieren.

<u>Frau Reker</u> teilt mit, dass das Projekt regelmäßig evaluiert werde. Die durchgeführten Aktivitäten führten zu deutlich mehr Angebote.

Herr Jachtner und Frau Eggeling fragen, ob die beiden Probleme;

- lange Bearbeitungszeit des Jobcenters bei der Wohnungsvermittlung
- und die lange Wartezeit für die Zahlung von Geldern für Renovierungskosten und Erstausstattung

behoben seien.

Weiter fragt er, ob immer eine Rückmeldung zum Prozessverlauf bei den Wohnungsvermittlungen erfolge.

<u>Herr Wagner</u> bestätigt, dass die beiden genannten Probleme behoben seien und dass sich das Jobcenter und das Wohnungsamt in einem engen und konstruktiven Austausch befinden.

<u>Herr Ferber</u> antwortet, die Beauftragung der Träger sieht eine regelmäßige Rückmeldung vor.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat: Der Rat möge beschließen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, das Projekt "Auszugsmanagement" bis zum 31.12.2017 vorzeitig zu verlängern und ab dem 01.06.2015 wie folgt zu erweitern:

- 3 Vollzeitstellen "Auszugsmanager/innen" bei den beteiligten Trägern, sowie
- 1 Vollzeitstelle "Koordination" bei 56 Amt für Wohnungswesen nach Besoldungsgruppe A 10 ÜBesG-NWR im Stellenplan der Stadt Köln

Die Verlängerung der Projektphase über den 14.10.2015 hinaus mit bislang 3 Vollzeitstellen bei den Trägern Caritasverband für die Stadt Köln, Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V. sowie Kölner Flüchtlingsrat e.V. ist finanziell im Rahmen des Haushaltsplanentwurfs 2015ff. bereits berücksichtigt.

Für die Erweiterung des Projektes um 3 zusätzliche "Auszugsmanager" bei den o.a. Trägern beschließt der Rat zusätzliche konsumtive Aufwendungen i. H. v. 127.750 € im Haushaltsjahr 2015 (anteiliger Betrag für 7 Monate) im Teilplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Finanzierung erfolgt durch Einsparungen innerhalb des Teilplans 1004.

Für die Erweiterung des Projektes um eine Vollzeitstelle "Koordination" beschließt der Rat die Einrichtung einer Planstelle A 10 ÜBesG-NRW im Stellenplan der Stadt Köln und genehmigt deren sofortige unbefristete Besetzung im Vorgriff auf den Stellenplan 2015. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2015 wird eine entsprechende Stelle verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierung der Folgekosten 2016ff. ist im Rahmen der Haushaltsplanung 2016ff. zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

13.1 Barrierefreies Wohnen

hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an die Kölner Wohnungswirtschaft 0774/2015

Herr Ladenberger erläutert, dass der Appell an die Wohnungswirtschaft mit zwei anderen Beschlüssen gefasst wurde. Die drei Ansprechpartner zu diesem Themenbereich seien das Land NRW, die Stadt Köln und die Wohnungswirtschaft. Die Stadt sei beauftragt worden an das Land in Richtung Baufördergesetze eine Resolution zu starten und auch einen Appell an die Kommune zu richten. Er fragt, wo die beiden anderen Beschlüsse seien.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

13.2 Erstellung und Herausgabe einer Infobroschüre zum Thema "Transgender in Köln" 1068/2015

Frau Heuser fragt, ob nicht auch der Internetauftritt ausgeweitet werden könne.

<u>Frau Brauckmann</u> und <u>Frau Rehberg</u> antworten, dass sowohl der Internetauftritt als auch die Informationsbroschüre wichtig seien.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren, der Ausschuss Allgemeine Rechtsfragen / Vergabe / Internationales und der Gesundheitsausschuss beschließen folgende Empfehlung an den Rat:

"Der Rat möge beschließen:

Der Rat nimmt die Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender vom 27.11.2014 (Mitteilung 3792/2014), eine Informationsbroschüre über den Themenkomplex "Transidentität in der Gesellschaft" zu erstellen und herauszugeben und die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 4.750,00 € im Haushaltsplan 2015 bereitzustellen, zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

14 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

14.1 Änderungen Asylbewerberleistungsgesetz ab 01.03.2015 0919/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

14.2 Vermittlung von Flüchtlingen in Mietwohnungen durch das Kölner Auszugsmanagement 1212/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

<u>Der Vorsitzende Herr Paetzold</u> stellt die Nicht-Öffentlichkeit her.